

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5564

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5564

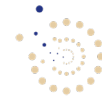


Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



«Internet-Initiative» nimmt BigTech in die Verantwortung Tech-Plattformen, Suchmaschinen und KI-Portale müssen gegen Risiken aktiv vorgehen

Kindsmissbrauch, Cyberbetrug, ausländische Desinformationskampagnen – auf digitalen Kommunikationsplattformen, Suchmaschinen und KI-Portalen werden massenhaft illegale, kriminelle und staatsgefährdende Inhalte verbreitet. Das Geschäftsmodell der Tech-Konzerne zielt heute auf maximale Aufmerksamkeit ohne Verantwortlichkeit. Diesem Vorgehen von BigTech soll nun ein Riegel geschoben werden. Am Dienstag, 3.3.2026, hat die Guido Fluri Stiftung zusammen mit Nationalrätinnen und Nationalräten aller grossen Parteien die «Internet-Initiative» lanciert. Diese schützt die Schweizer Grundrechte und Demokratie, indem die Verbreitung genannter Inhalte ins Visier genommen wird. Die Tech-Konzerne müssen bei Verletzung ihrer Sorgfaltspflicht künftig mit massiven Konsequenzen rechnen. Massgebende Organisationen wie Kinderschutz Schweiz, der Lehrer:innendachverband LCH und die Stiftung für Konsumentenschutz unterstützen die Initiative.

Bern, 3.3.2026 Urheber der «Internet-Initiative» ist **Guido Fluri**. Vor gut 10 Jahren hat er mit der erfolgreichen Wiedergutmachungsinitiative in kürzester Zeit 100 000 Unterschriften gesammelt und damit die konsequente Aufarbeitung der früheren Missbrauchsfälle in der Schweiz ermöglicht.

«Heute ist die Bevölkerung in der Schweiz wiederum gefährdet», so Fluri an der Medienkonferenz in Bern, «und zwar massiv im digitalen Raum». Brutalste Gewalt- und Missbrauchsbilder, Cyberkriminalität und ausländische Desinformationskampagnen - die Tech-Giganten verbreiten ohne Rücksicht illegale Inhalte und fügen der Bevölkerung mit ihrem Geschäftsmodell Schaden zu: «Der Gewinn wird heute von den Tech-Giganten privatisiert, der Schaden auf die Allgemeinheit überwältzt», so Fluri. Dass man dagegen vorgehen müsse, sei keine Frage von links und rechts, so Fluri: «Die einzige Frage, die sich stellt, ist: Wollen wir ein Internet, das uns als Gesellschaft auseinandertreibt und unsere Demokratie aushöhlt? Oder wollen wir ein freies und sicheres Internet? Genau dafür, für einen sicheren digitalen Raum, steht die Internet-Initiative.» Tatsächlich wird die «Internet-Initiative» parteiübergreifend von Nationalrätinnen und Nationalräten der SVP-, Mitte-, FDP-, SP-, Grünen- und GLP-Fraktion unterstützt.

Internet-Initiative nimmt Geschäftsmodell von BigTech ins Visier

Bei der Ausarbeitung des Initiativtextes hat auch der **Grüne Nationalrat und Tech-Spezialist Gerhard Andrey** mitgewirkt, der den Fokus auf das Geschäftsmodell der Tech-Plattformen und damit auf ihre Algorithmen lenkt: «Genau hier setzt unsere Internet-Initiative an. Plattformen und Anbieter von KI-Systemen dürfen sich nicht mehr damit begnügen, ihre Reichweite zu optimieren, sondern müssen auch Risiken begrenzen. Es geht um einen Wandel: weg von der Maximierung der Aufregung, hin zur Qualität im digitalen öffentlichen Raum. Verantwortung dort, wo Macht konzentriert ist. Schutz dort, wo Menschen verwundbar sind.»

Verbreitung von Inhalten mit (sexualisierter) Gewalt stoppen

«Als Nationalrätin und als Mutter von zwei Kindern ist für mich klar, dass wir die explosionsartige Verbreitung von Kindsmissbrauchsmaterial stoppen müssen», betont Mitinitiantin und **Zürcher Nationalrätin Nina Fehr Düsel von der SVP**. Die digitale Verbreitung pädokrimineller Inhalte hat in den letzten Jahren auch in der Schweiz massiv zugenommen. Technische Entwicklungen wie etwa Live-Streaming schaffen neue Möglichkeiten für Täter. Künstliche Intelligenz, die Kinder auf Knopfdruck in einem sexualisierten Kontext darstellt, führen zu neuen Missbrauchsformen. Genauso

würden Jugendliche von Inhalten gefährdet, die zu konkreter Gewalt anstachelten, ergänzt Mitinitiantin und **Waadtländer FDP-Nationalrätin Jacqueline de Quattro**, die seit Jahren auf die Gefahren der Online-Radikalisierung hinweist: «Die Algorithmen der sozialen Netzwerke verstärken dieses Phänomen. Diese Jugendlichen schliessen sich Online-Communities an, über Videospielplattformen oder verschlüsselte Kanäle. Die Extremisten konzentrieren sich ihrerseits auf die leicht zu beeinflussenden, verletzlichen oder aus der Bahn geratenen Minderjährigen.» Auch hier setzt die Internet-Initiative neu klare Grenzen, was die Verbreitung dieser Inhalte angeht.

Schutz der Bevölkerung vor Cyberkriminalität

Doch nicht nur junge Menschen sind im Internet gefährdet, betont Mitinitiantin **Christine Bulliard-Marbach, Nationalrätin der Mitte**: «Als Co-Präsidentin der Parlamentarischen Gruppe "Das Alter" beobachte ich ebenfalls mit Sorge, wie vor allem ältere Menschen Opfer von Cyberbetrug werden.» Tatsächlich zeigen internen Dokumenten, dass Tech-Plattformen jährlich Milliardenumsätze mit der Verbreitung betrügerischer Werbung machen, während vor allem auch Ältere von Cyberkriminellen so um ihr Ersparnis gebracht werden. Darum sagt Mitinitiantin **Nadine Masshardt, Nationalrätin der SP Bern** in ihrer Funktion als Stiftungsratspräsidentin vom **Konsumentenschutz Schweiz**: «Es braucht dringend und rasch Regulierungen, damit der Online-Konsumalltag sicherer wird. Im unendlichen virtuellen Raum muss Recht und Gerechtigkeit für uns Konsumentinnen und Konsumenten eine Selbstverständlichkeit werden. Die Internet-Initiative ist ein Meilenstein auf diesem Weg.» Denn BigTech wird hier erstmals klar in die Verantwortung genommen.

Schutz der Demokratie und Meinungsfreiheit – Kampf gegen Desinformation und Fake News

Mit der Internet-Initiative werden Plattformen, Suchmaschinen und KI verpflichtet, die «systemischen Risiken im Hinblick auf Manipulationen der demokratische Entscheidungsprozesse» zu begrenzen. Dieser Passus sei dringlich und notwendig, so die Mitinitiantin und **St. Galler Nationalrätin Franziska Ryser von den Grünen**: «Unsere Kinder wachsen in einer Welt auf, in der Lügen professionell produziert und millionenfach verbreitet werden. Fake News, Manipulation und Hass sind nur einen Klick entfernt.» Zurecht nehme sich die Internet-Initiative der gezielten Manipulation «namentlich durch Desinformation oder algorithmische Verstärkung» an, sagt der **Grünliberale Aargauer Nationalrat und Mitinitiant Beat Flach**, der vor gezielten ausländischen Desinformationskampagnen warnt: «Wir sprechen da *nicht* von einer «anderen Meinung», wir sprechen *nicht* von «der anderen Wahrheit» - wir sprechen von einer hybriden Kriegsführung ausländischer staatlicher Akteure gegen unsere Demokratie, indem Bürgerinnen und Bürger mit KI-Bots, Deepfakes und anderen klaren Fälschungen in ihrer Entscheidungsfindung beeinflusst werden sollen.» Hier schafft die Internet-Initiative die rechtliche Grundlage, um diese Angriffe auf deren Massenverbreitung auf den Plattformen effektiv abwehren zu können. «Der Kampf gegen Desinformation ist heute ein Kampf für mehr Meinungsvielfalt», sagt die **Zürcher SP-Nationalrätin und Mitinitiantin Min Li Marti**. Sie betont, dass die persönliche Meinung von Usern durch die Initiative eben nicht eingeschränkt werde: «Kritik, Satire und vor allem politische Meinungen bleiben im Netz natürlich möglich, auch wenn die Schlussfolgerung dieser Meinung falsch sein mag. Anders sieht es für die Plattformen aus. Sie müssen mit der Internet-Initiative die Risiken der gezielten Desinformation minimieren, also konkret bekämpfen. Das ist ein Gamechanger», so Min Li Marti, die als Tech-Expertin auch im Beirat von AlgorithmWatch sitzt.

Internet-Initiative verlangt klare Massnahmen

Als Präsident der «Swiss Cyber Security Days» und Mitglied der Parlamentarischen Gruppe «ParlDigi» unterstützt auch **EVP-Nationalrat Nik Gugger** die Initiative: «Denn ich sehe die Initiative auch für die Plattformen als Chance. Klare Spielregeln schaffen Glaubwürdigkeit und Vertrauen.» Die Initiative steht in einem internationalen Kontext. Seit 2 Jahren kennt die EU den Digital Services Act (DSA) mit sehr ähnlichen Schutzmechanismen. Kern ist die Risikoanalyse und die Risikominderung, wie sie die Internet-Initiative kennt. Vor diesem Hintergrund sagt **LDP-Nationalrätin Paricia von Falkenstein** aus

Basel-Stadt: «Die Internet-Initiative ist also kein «Swiss Finish», sondern schlicht und einfach die notwendige Verfassungsgrundlage, damit es zu einem griffigen wie verhältnismässigen Gesetz kommt, das alle Interessen gewichtet.» Dieses Ansinnen wird auch von jungen Politiker:innen unterstützt. So etwa von Mitinitiantin und **Nationalrätin Fabienne Stämpfli von der GLP**. Sie sagt: «Tech-Konzerne tun bisher viel zu wenig, um unsere Grundrechte und unsere Demokratie zu schützen. Deshalb sagen auch wir Digital Natives: Genug ist genug». Und der **Präsident der Jungen Mitte, Benedikt Schmid, ergänzt**: «Die Internet-Initiative ist keine Boomer-Initiative. Im Gegenteil. Wir stehen an einem Wendepunkt. Wir wollen und brauchen das freie Internet zurück.»

Damit Regulierung unter Lobby-Druck nicht in Schublade verschwindet

Die Lancierung der Internet-Initiative findet vor dem Hintergrund des neuen Gesetzes über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen (KomPG) statt. Diese Plattformregulierung hat der Bundesrat erst nach monatelanger Verzögerung in die Vernehmlassung geschickt. Der Entwurf genügt in keiner Weise. Kritiker monieren, dass das geplante Gesetz aufgrund des Drucks der Tech-Konzerne sowie der Angst vor Retorsionsmassnahmen (Zollstreit) durch den Bundesrat verwässert und abgeschwächt worden sei. Es besteht die Befürchtung, dass aufgrund des kommenden Drucks eine Regulierung ganz allgemein verhindert werden könnte. Vor diesem Hintergrund sagt **Guido Fluri** als Urheber: «Die 100 000 Unterschriften werden zum Auftrag, ein griffiges Gesetz zu verfassen. Wenn es um unsere Grundrechte und Schweizer Demokratie geht, gibt es keine Kompromisse.»

Besserer Schutz und klare Regeln dank der Internet-Initiative

Im Gegensatz zur Bundesratsvorlage beinhaltet die Internet-Initiative einen konsequenten Kinder- und Jugendschutz sowie Konsumentenschutz. Vor diesem Hintergrund haben unter anderem Kinderschutz Schweiz, der Lehrer:innendachverband LCH sowie Konsumentenschutz im Unterstützungskomitee der Internet-Initiative Einsitz genommen.

Im Gegensatz zur Vorlage des Bundesrates wird bei der Internet-Initiative auch die generative KI in die Verantwortung genommen. Dies ist dringend nötig, denn Chatbots werden heute ähnlich wie Suchmaschinen genutzt oder sie sind in Suchmaschinen bereits integriert.

Schliesslich verlangt die Internet-Initiative von Plattformen, Suchmaschinen und KI, dass sie nicht nur eine Risikoanalyse machen, wenn es um Desinformation geht, sondern auch Risikominderungsmaßnahmen in die Wege leiten, um allfällige Manipulationen der demokratischen Entscheidungsprozesse in der Schweiz, namentlich durch ausländische Desinformationskampagnen, zu verhindern. Mit der Nennung einer Rechtsvertretung in der Schweiz, möglichen Bussen und - als ultima ratio - möglichen Zugangsbeschränkungen zu Kommunikationsplattformen sollen die Ziele des neuen Verfassungsartikels durchgesetzt werden.

Für Interviewanfragen zur Internet-Initiative: info@internet-initiative.ch

Guido Fluri, Urheber der Internet-Initiative: 078 644 91 80 oder nik@bransonkirk.com

Gerhard Andrey, Grüne: gerhard.andrey@parl.ch

Christine Bulliard-Marbach, Mitte: christine.bulliard-marbach@parl.ch

Jacqueline de Quattro, FDP: jacqueline.dequattro@parl.ch

Nina Fehr Düsel, SVP: nina.fehrduesel@parl.ch

Beat Flach, GLP: beat.flach@parl.ch

Niklaus Gugger, EVP: niklaus-samuel.gugger@parl.ch

Min Li Marti, SP: minli.marti@parl.ch

Nadine Masshardt, SP: nadine.masshardt@parl.ch

Franziska Ryser, Grüne: franziska.ryser@parl.ch

Benedikt Schmid, Junge Mitte: benedikt.schmid@diejungemitte.ch

Fabienne Stämpfli, GLP: fabienne.staempfli@parl.ch

Patricia von Falkenstein, LDP: patricia.vonfalkenstein@parl.ch

